

Pressemitteilung Nr.50 / 2020 vom 16. Oktober 2020

GEW ruft ihre Mitglieder in Bayern am Montag zum Warnstreik auf

Für Montag 19. Oktober ruft die Bildungsgewerkschaft GEW Beschäftigte zum Warnstreik auf. Betroffen sind die Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst sowie die angestellten Lehrkräfte der Kommunen. Dazu wird es an mehreren Orten Infostände und Kundgebungen der Bildungsgewerkschaft geben, bei dem die Beschäftigten Ihre Forderungen zum Ausdruck bringen können.

„Wir wissen um die großen Herausforderungen während der Pandemie gerade in den Kitas und der Behindertenhilfe“, so der GEW-Landesvorsitzende Anton Salzbrunn, der ergänzt: „Es darf jedoch nicht sein, dass die Arbeitgeber diese Situation ausnutzen um ihre Forderung nach einer Nullrunde oder einer möglichst geringen Gehaltsentwicklung durchzusetzen.“ Für die Bildungsgewerkschaft liegt der Verantwortung für die aktuelle Situation bei den Arbeitgebern, die mit ihrer bisherigen Blockadehaltung Streik geradezu provozieren. „Klatschen reicht nicht! Anerkennung hat auch etwas mit mehr Geld zu tun!“ so der GEW-Vorsitzende Salzbrunn.

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen verzichtet die GEW auf eine zentrale Streikkundgebung. Die GEW reagiert natürlich auf aktuelle Situation. Daher gilt: Streiken mit Abstand und Maske unter Einhaltung begrenzter Teilnehmerzahlen. Auch wenn dies für Gewerkschaften eine große Herausforderung ist, verzichtet die GEW auf große Kundgebungen und Demonstrationen. „Vielmehr wollen wir mit kreativen Protesten die Forderungen unserer Kolleg*innen zum Ausdruck bringen.“ so der zuständige Gewerkschaftssekretär Mario Schwandt.

Die GEW organisiert selber Aktionen oder beteiligt sich an Aktionen der Schwestergewerkschaft verdi u. a. in München, Nürnberg, Erlangen, Ingolstadt, Regensburg und anderen Orten.

Vertreter*innen der Medien sind herzlich eingeladen, vorbei zu kommen und zu berichten.

Hintergrund:

Seit Juni versuchen die Gewerkschaften sich mit der Arbeitgeberseite eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Doch die kommunalen Dienstherren und der Bund wollten auch nach der zweiten Verhandlungsrunde nicht einmal ein Angebot zur Lohnsteigerung unterbreiten. Damit handeln sie verantwortungslos! Nur Klatschen reicht eben nicht! Aufgrund der Rückmeldung bei den Gewerkschaften, führte die Blockadehaltung der Arbeitgeber bereits zu großer Verärgerung bei den Beschäftigten.

Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordert die GEW eine Gehaltssteigerung von 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten, ebenso die längst überfällige Angleichung der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland.

Rückfragen an:

Mario Schwandt, Gewerkschaftssekretär, mario.schwandt@gew-bayern.de, 0151 53 50 78 63

Anton Salzbrunn, Vorsitzender GEW Bayern, anton.salzbrunn@gew-bayern.de, 0176 65 54 40 36